

Produktivität und Wohlstand

Eine Internationale Perspektive

Oliver Denk/Christian Kastrop¹

Dr. Oliver Denk ist Volkswirt in der Abteilung Politikstudien an der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris. Dr. Christian Kastrop ist Direktor der Abteilung Politikstudien an der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris.

Wohlstand hängt zu einem bedeutenden Ausmaß vom Niveau des Konsums ab. Der Konsum nimmt zu, je mehr Volkswirtschaften produzieren. Die Steigerung der Produktivität von Arbeitskräften, Unternehmen und der öffentlichen Hand bildet daher die Grundlage für höheren Konsum und Wohlstand. Seit Beginn der weltweiten Finanzkrise ist das Produktivitätswachstum jedoch in nahezu allen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, Österreich eingeschlossen, enorm gesunken. In diesem Beitrag zeigen wir Möglichkeiten auf, wie dieser beunruhigenden Entwicklung Einhalt geboten werden kann. Ein besonderes Augenmerk legen wir hierbei auf konjunkturpolitische Maßnahmen sowie Produkt- und Finanzmarktreformen.

1. Einleitung

Wohlstand hängt zu einem Großteil vom Niveau des Konsums ab: Konsum von privaten sowie vom Staat bereitgestellten Gütern und Dienstleistungen. Höherer Konsum bedeutet, dass der Wohlstand steigt. Der Konsum wiederum hängt von der Produktion ab. Bürger in Volkswirtschaften, die mehr produzieren, können mehr konsumieren. Das gesamtwirtschaftliche Produktionsvolumen lässt sich prinzipiell auf zwei Weisen steigern: durch eine Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden oder durch eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität, das heißt der Leistung je Arbeitsstunde.

Österreich zählt durchaus zu den Ländern, die Spielraum haben, die volkswirtschaftliche Produktion und damit auch den Konsum durch eine Ausweitung der Arbeitsstunden zu erhöhen. Besonders vielversprechend ist die konsequenter Förderung einer höheren Beteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Po-

¹ Wir bedanken uns bei *Peter Hoeller* für wertvolle Kommentare sowie bei *Agnès Cavaciuti* und *Patrice Ollivaud* für Unterstützung mit der Datenaufbereitung. Dieser Beitrag spiegelt unsere persönlichen Ansichten wider und nicht notwendigerweise die der OECD oder ihrer Mitgliedsländer.

litikmaßnahmen, die darauf abzielen, umfassen zum Beispiel Reformen des Steuer- und Sozialversicherungssystems sowie die Ausweitung von Ganztagschulen, Kindertagesstätten und familienfreundlicheren Arbeitsplätzen und Arbeitszeitmodellen (OECD, 2015a).

Auch wenn derartige Beschäftigungsreformen in einigen Ländern eine wichtige Rolle spielen können, erreichen fortgeschrittene Volkswirtschaften Zuwächse in der Produktion hauptsächlich über eine Erhöhung der Produktivität. Die natürliche Obergrenze an Arbeitskräften, die demographische Entwicklung und der Wunsch nach Freizeit beschränken die Aussicht auf Produktionsgewinne durch mehr Beschäftigungsstunden. Die Steigerung der Produktivität ist gerade in den „alten“ Industrieländern, die unter einer schrumpfenden Bevölkerung leiden, die einzige Wachstumsquelle, um dauerhaft die gesamtwirtschaftliche Produktion und somit den Konsum und Wohlstand zu fördern. Es gibt daher Anlass zu großer Sorge, dass über die letzten Jahre das Produktivitätswachstum in nahezu allen fortgeschrittenen Volkswirtschaften deutlich gesunken ist.

In diesem Beitrag beleuchten wir aus einem internationalen Blickwinkel die Entwicklung des Produktivitätswachstums und schlagen eine Reihe von Politikempfehlungen vor, um die Produktivität, den Konsum und den Wohlstand zu erhöhen. Unsere Politikempfehlungen umfassen sowohl staatliche Konjunkturpolitik als auch Strukturreformen, da die Produktivitätsverlangsamung auf nachfrage- und angebotsseitige Gründe zurückzuführen ist. Wir gehen dabei insbesondere auf Österreich im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften ein.

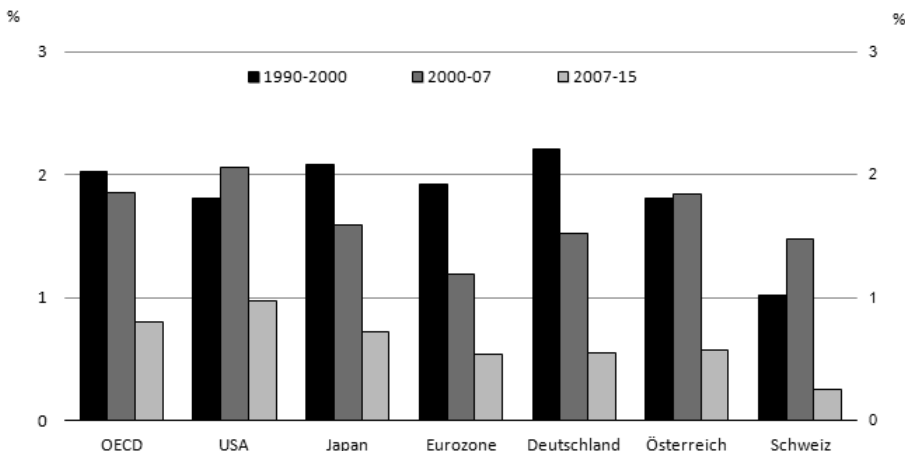
2. Der Rückgang des Produktivitätswachstums

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften fällt das Produktivitätswachstum seit dem Jahr 2000 deutlich schwächer aus als dies in den 1990er Jahren der Fall war. In einigen Ländern setzte die Produktivitätsverlangsamung zu Anfang der 2000er Jahre ein. Seit der weltweiten Finanzkrise ist das Produktivitätswachstum jedoch noch einmal stark zurückgegangen, ein Phänomen, das in fast jedem der 35 OECD-Länder zu beobachten ist. Die Produktivitätsverlangsamung, nicht Beschäftigungsverluste, war der Hauptgrund für das schwache Wachstum des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts. Daher kommt dem Produktivitätswachstum in politischen Kreisen ein immer zentralerer Stellenwert zu, was nicht zuletzt an der zunehmenden Verbreitung von nationalen Produktivitätskommissionen ersichtlich ist.

In den OECD-Ländern belief sich die durchschnittliche Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität je Stunde im Zeitraum 1990–2000 auf 2,0%, 2000–2007 auf 1,9% und 2007–2015 auf 0,8% (*Abbildung 1*). Von den 1990er Jahren bis 2007 verlief die Produktivitätsentwicklung in den OECD-Ländern sehr uneinheitlich. Das Produktivitätswachstum nahm in 19 Ländern ab und in 14 Ländern zu. Die Vereinigten Staaten von Amerika, Österreich und die Schweiz gehören zu den Ländern, in denen das Produktivitätswachstum Anfang der 2000er Jahre zunahm oder zumindest stabil blieb, während es im Euroraum und in Japan abnahm. Überaus enttäuschend ist die Entwicklung seit Beginn der Finanzkrise, angesichts von Wachstumsraten, die weniger als halb so hoch ausfallen wie in den

1990er Jahren. In Österreich hat das jährliche Produktivitätswachstum seit 2007 lediglich 0,6% erreicht. Dies ist gerade einmal ein Drittel des durchschnittlich erzielten Werts zwischen 1995 und 2007.

Abbildung 1: Jährliches Wachstum der Arbeitsproduktivität



Anmerkungen: Einzelne Länder in OECD und Eurozone sind gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt (kaufkraftbereinigt). OECD beinhaltet alle OECD-Länder, und Eurozone beinhaltet alle OECD-Länder in der Eurozone, in beiden Fällen mit Ausnahme von Estland und Lettland. Für einige Länder beginnen die Daten zwischen 1991 und 1995 (zum Beispiel für Österreich 1995), nicht 1990. Die Arbeitsproduktivität ist gemessen als reales Bruttoinlandsprodukt je geleisteter Arbeitsstunde.

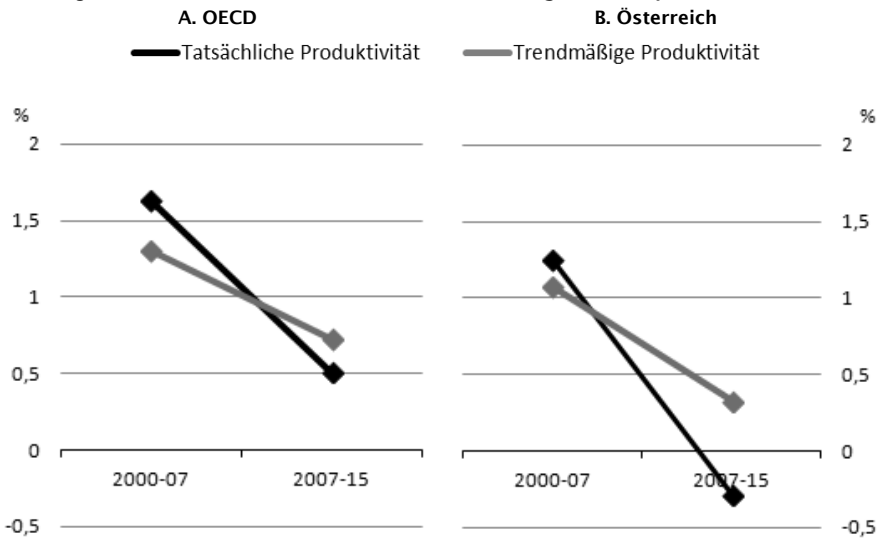
Quelle: Eigene Schätzungen basierend auf OECD National Accounts Datenbank, OECD Productivity Datenbank und Datenbank der Internationalen Arbeitsorganisation

Die Gründe für die weltweite Produktivitätsverlangsamung sind vielschichtig. Empirische Befunde legen den Schluss nahe, dass sowohl konjunkturelle als auch langfristige Faktoren verantwortlich sind (OECD, 2016a). Die Anfang der 2000er Jahre verzeichneten Produktivitätszuwächse waren zum Teil konjunkturbedingt hoch, während die schwache Nachfrage seit der Finanzkrise zu einem unter der Trendrate liegenden Produktivitätswachstum geführt hat. Wenn Produktivität als Bruttoinlandsprodukt je Arbeitskraft (an Stelle von je geleisteter Arbeitsstunde) gemessen wird, lag das Produktivitätswachstum in den OECD-Ländern im Zeitraum 2000–2007 bei jährlich 1,6%. Dies sind nach unseren Schätzungen 0,3 Prozentpunkte über der Trendrate von 1,3%. 2007–2015 hat sich dieses Verhältnis umgekehrt: Das jährliche Produktivitätswachstum lag mit 0,5% 0,2 Prozentpunkte unter dem Trend von 0,7%. Demnach kann die Hälfte der seit 2007 verzeichneten Abnahme des Produktivitätswachstums von 1,1 Prozentpunkten auf die Konjunktur zurückgeführt werden, die andere Hälfte auf die rückläufige Trendrate des Produktivitätswachstums (Abbildung 2, Teil A). Da

das Trendwachstum nicht beobachtbar ist, sind diese Berechnungen, wie andere derartige Schätzwerte, mit einem gewissen Grad an Unsicherheit behaftet.

Wie in der OECD erklärt auch in Österreich der Konjunkturzyklus die Hälfte der Produktivitätsverlangsamung, wobei hier das Produktivitätswachstum noch stärker gesunken ist: von jährlich 1,2% zwischen 2000 und 2007 auf -0,3% seit 2007 (*Abbildung 2, Teil B*). Wie oben erwähnt, bildet die Produktion je Beschäftigten die Grundlage für die Schätzungen in *Abbildung 2*, nicht die Produktion je geleisteter Arbeitsstunde wie in *Abbildung 1*. Demnach produzieren österreichische Arbeitskräfte heute durchschnittlich weniger als vor knapp einem Jahrzehnt. Da die Produktion je geleisteter Arbeitsstunde weiter zunahm, wenn auch weniger als zuvor, bedeutet dies, dass der Verlust in der Produktion je Beschäftigten auf eine geringere Anzahl an Arbeitsstunden je Beschäftigten zurückzuführen ist.

Abbildung 2: Wachstum der Tatsächlichen und Trendmäßigen Arbeitsproduktivität



Anmerkungen: Einzelne Länder in OECD sind gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt (kaufkraftbereinigt). Die Arbeitsproduktivität ist gemessen als reales Bruttoinlandsprodukt je Arbeitskraft.

Quelle: Schätzungen basierend auf *Ollivaud et al* (2016) und OECD Economic Outlook Datenbank

Ein Hauptgrund für die konjunkturelle Verlangsamung der Produktivität ist die äußerst schwache Investitionstätigkeit, deren Erholung insbesondere in Europa hinter der des Bruttoinlandsprodukts zurückgeblieben ist (*OECD*, 2016b). Dies ist wenig überraschend, da in zahlreichen Ländern die Realzinsen angesichts historisch niedriger Nominalzinsen, die sich kaum weiter senken lassen, über der markträumenden Rate zu liegen scheinen. Zudem haben sich in manchen Volkswirtschaften Kürzungen von öffentlichen Investitionen im Zuge

staatlicher Haushaltskonsolidierungen dämpfend auf die allgemeine Investitionstätigkeit ausgewirkt.

Neben der gegenwärtig schwachen Konjunktur reduzieren langfristige, strukturelle Faktoren das Produktivitätswachstum. Sowohl die Innovationskraft von führenden Unternehmen als auch die Weitergabe von Technologie und Wissen von diesen führenden Unternehmen zu allen anderen Unternehmen scheinen über die letzten Jahrzehnte abgenommen zu haben (*Andrews et al*, 2015, 2016). Gründe hierfür könnten die Verlangsamung bei wettbewerbsfördernden Reformen sowie die rückläufige Unternehmensdynamik sein, die sich unter anderem in sinkenden Unternehmensgründungsraten und geringeren Zuwachsraten von Investitionen in Wissenskapital widerspiegelt (*OECD*, 2015b). In den verbleibenden Abschnitten unseres Beitrags widmen wir uns Maßnahmen, die aus Nachfrage- (Abschnitt 3) und Angebotssicht (Abschnitt 4) die Produktivität erhöhen können.

3. Konjunkturpolitische Maßnahmen

Der Rückgang des Produktivitätswachstums hat sich seit dem Ausbruch der weltweiten Finanzkrise deutlich verschärft, zum Teil aufgrund der schwachen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Daher können Maßnahmen, die die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erhöhen, gleichzeitig auch die Produktivität, die Beschäftigung, die Einkommen privater Haushalte und den Konsum steigern. Am unmittelbarsten erfolgt die Nachfragesstützung über die Geldpolitik und die Fiskalpolitik, wobei deren langfristige positive oder auch negative Wirkungen ebenfalls in den Blick zu nehmen sind. Strukturreformen verbessern vor allem die Aussichten auf langfristig höheres Wirtschaftswachstum, und einige Strukturreformen können auch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage kurzfristig stützen.

Bezüglich der Geld- und Fiskalpolitik stehen den einzelnen Volkswirtschaften unterschiedliche Optionen zur Stützung der Nachfrage zur Verfügung (*OECD*, 2016c). Befürchtungen über ökonomische Verzerrungen durch lang andauernde nichtkonventionelle geldpolitische Maßnahmen und die Effektivität von weiteren geldpolitischen Lockerungen haben zugenommen. Daher würde sich in mehreren Ländern, die nicht unter akuter Schuldenüberhöhung leiden und Handlungsspielraum besitzen, der verstärkte Einsatz fiskalpolitischer Maßnahmen positiv auf den makroökonomischen Policy-Mix auswirken, der insgesamt weiterhin konjunkturunterstützend ausgerichtet bleiben muss. Die derzeit sehr niedrigen Zinssätze für eine staatliche Kreditaufnahme haben ebenfalls den fiskalpolitischen Spielraum vergrößert und in vielen Ländern Möglichkeiten für eine Expansion geschaffen. In Österreich ist der fiskalpolitische Kurs 2016 aufgrund der Ausgaben für Migranten und der zu Anfang des Jahres in Kraft getretenen Steuerreform leicht expansiv ausgerichtet (*OECD*, 2016d).

Ein sehr wirksames fiskalpolitisches Instrument zur Steigerung von Nachfrage, Produktivität und Einkommen wäre eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen, die seit der Krise unter Einschnitten zu leiden hatten. Schätzungen zufolge ist die Nachfragewirkung von Investitionen in der Regel größer als bei anderen Ausgabenkomponenten. Zudem wird die Infrastruktur häufig als unzurei-

chend empfunden, und viele Regierungen sind heute in der Lage, zu sehr niedrigen Zinssätzen Kredite mit langen Laufzeiten aufzunehmen. Öffentliche Investitionen können besonders wirkungsvoll sein, wenn sie als Katalysator für private Investitionen dienen (OECD, 2015c). Mehr private und öffentliche Investitionen hätten den doppelten Vorteil, nicht nur die Nachfrage von heute, sondern auch das Angebot von morgen zu erhöhen, indem sie den Kapitalstock vergrößern. Allerdings sollte vor einer „Beton“-Ideologie gewarnt werden. Entscheidend ist die Qualität der Investitionen, sowie gegebenenfalls der mit ihnen verbundene Personalaufwand. Um es anhand eines Beispiels salopp zu formulieren: Ein neues Labor braucht auch Techniker.

4. Struktur- und Finanzmarktreformen

Eine Reihe von angebotsseitigen Reformen können das Produktivitätswachstum und somit die langfristigen Aussichten auf mehr Konsum und Wohlstand anheben. Dazu zählen unter anderem Veränderungen in der öffentlichen Ausgaben- und Steuerpolitik, der Wettbewerbs- und Innovationspolitik sowie der Finanzmarktpolitik. Die einzelnen Reformanforderungen sind von Land zu Land unterschiedlich und den jeweiligen institutionellen und politischen Rahmenbedingungen anzupassen (OECD, 2016b). Dennoch gibt es wichtige allgemeine Erkenntnisse für die Gestaltung derartiger Politikpakete. Im Folgenden gehen wir insbesondere auf Produkt- und Finanzmarktreformen ein.

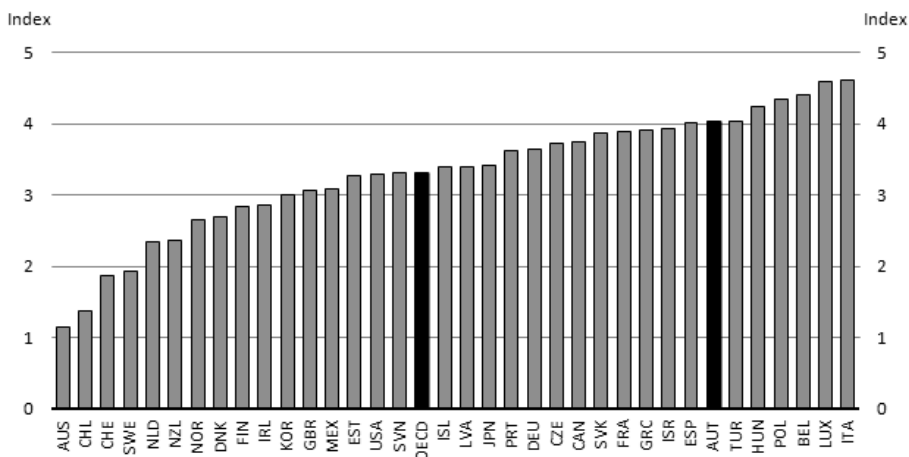
4.1 Produktmarktreformen

Produktmarktreformen erhöhen langfristig die Produktivität und Einkommen und sollten sich damit vorteilhaft auf den Konsum auswirken. Belege für diesen positiven Produktivitätseffekt von Produktmarktreformen finden sich in mehreren länderübergreifenden Studien: der makroökonomischen Analyse von *Égert* (2016), der auf Branchenebene durchgeführten Analyse von *Cette et al* (2016) und der Analyse auf Unternehmensebene von *Andrews et al* (2015). *Égert* (2016) untersucht die Rolle des Regulierungsausmaßes in drei Netzindustrien: Energie (Strom und Gas), Verkehrsträger (Luft, Schiene und Straße) und Kommunikation (Telekom und Post). Eine Lockerung der Netzindustrieregulierung erhöht die Produktivität auf statistisch signifikante Weise. *Andrews et al* (2015) kommen zu einer ähnlichen Schlussfolgerung für die gesamte Produktmarktregulierung, nicht nur die Netzindustrieregulierung.

In Österreich hat sich die Produktivität in den letzten Jahren von Sektor zu Sektor sehr unterschiedlich entwickelt. Auffällig ist dabei, dass die Produktivität im verarbeitenden Gewerbe dynamisch geblieben ist, während sie sich bei den meisten Dienstleistungen verlangsamt hat. Die OECD publiziert für alle Mitglieds- und einige Schwellenländer in regelmäßigen Abständen, zuletzt 2013, Indikatoren, die die Strenge der Regulierung von Produktmärkten messen (*Koske et al*, 2015). Sie variieren zwischen 0 (keine messbare Regulierung) und 6 (sehr strenge Regulierung). Während sich Österreich insgesamt unter den Ländern mit den am wenigsten regulierten Produktmärkten befindet, ist der Dienstleistungs-

sektor in Österreich relativ streng reguliert (*Abbildung 3*), was tendenziell die Produktivität bremst.

Abbildung 3: Regulierung im Dienstleistungssektor



Anmerkungen: Der Index variiert zwischen 0 (keine messbare Regulierung) und 6 (sehr strenge Regulierung). OECD ist der ungewichtete Durchschnitt aller OECD-Länder. Die Daten beziehen sich auf das Jahr 2013.

Quelle: Schätzungen basierend auf OECD Product Market Regulation Datenbank

Der Reformstau in Österreichs Dienstleistungssektor behindert den Wettbewerb und verringert die Chancen anderer Branchen, von kostengünstigen Vorleistungen sowie der Verbreitung neuer Technologien zu profitieren. Die schwache Produktivitätsentwicklung im Dienstleistungsbereich hat die Vorleistungskosten erhöht, was möglicherweise die internationale Wettbewerbsfähigkeit geschwächt und zu einer verhaltenen Exportleistung beigetragen hat. Würden diese starren Strukturen aufgebrochen, wäre es möglich, die Produktivität zu steigern und den Arbeitsmarkt in diesem Sektor zu fördern. Dadurch könnte auch die Beschäftigung in der Exportwirtschaft ausgeweitet werden, zumal qualitativ hochwertige Dienstleistungen zunehmend Voraussetzung für die Teilnahme an globalen und regionalen Produktionsketten sind (*OECD, 2016d*).

4.2 Finanzmarktreformen

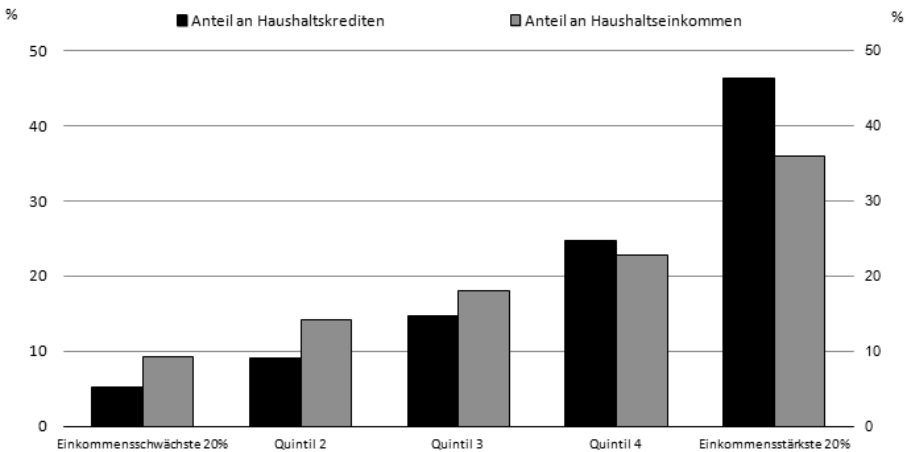
Der Finanzsektor ist für die Finanzierung von Investitionen und Innovationen von entscheidender Bedeutung. Er hat allerdings auch zur Entstehung der Finanzkrise und dem damit verbundenen Konjunkturerinbruch beigetragen und dürfte auch die derzeitige Investitionsschwäche verschärfen. Der übermäßige Verschuldungsgrad hat den Konsum privater Haushalte in einigen Ländern ge-

drosselt, und Kreditversorgungsengpässe haben möglicherweise das Investitionswachstum gedämpft. Weitere Abschreibungen notleidender Kredite und raschere Bankenrekapitalisierungen würden den Schuldenabbau privater Haushalte fördern und die Bereitstellung neuer Kredite erleichtern, was für den Euroraum von besonderer Bedeutung ist. Für einige europäische Länder sind zudem ineffiziente Insolvenzregelungen als Hindernis für den Abbau notleidender Kredite identifiziert worden (Bergthaler et al, 2015).

Über längere Sicht betrachtet ist die Tatsache, dass viele Banken trotz des neuen Regulierungsrahmens Basel III von Too-Big-To-Fail (TBTF) Garantien von Staat und Zentralbanken profitieren, ein mit dem Finanzsektor verbundener Faktor, der das Wirtschafts- und Produktivitätswachstum bremsen dürfte (Cournède/Denk, 2015; Denk et al, 2015). Das TBTF-Phänomen verleiht den Inhabern von Bankschuldverschreibungen und bis zu einem gewissen Grad auch von Bankaktien den Eindruck, dass ihre Investitionen geschützt seien.

Ein Umstand, durch den diese TBTF-Garantien möglicherweise ihren Weg in die Realwirtschaft gefunden haben, ist der rasche Anstieg der Bankkreditvergabe im Vorfeld der Krise. Eine übermäßige Kreditvergabe weckt zudem die Gefahr, die Ungleichheit zu verstärken und damit den gesamtwirtschaftlichen Wohlstand zu reduzieren. In Österreich beispielsweise sind Haushaltskredite deutlich ungleicher verteilt als die Haushaltseinkommen (Abbildung 4). 9% aller Einkommen, aber nur 5% aller Kredite gehen an die einkommensschwächsten 20% aller Haushalte. Dies kann es für Niedrigeinkommensbezieher schwieriger gestalten, Geld für profitable Projekte zu bekommen.

Abbildung 4: Die Verteilung von Haushaltskrediten und Haushaltseinkommen



Anmerkungen: Die Einkommensquintile sind definiert auf der Basis von Haushaltsbruttoeinkommen für Haushaltskredite und Haushaltsnettoeinkommen für Haushaltseinkommen. Die Daten beziehen sich auf das Jahr 2010.

Quelle: Denk und Cazenave-Lacrouz (2015) basierend auf Eurosystem Household Finance and Consumption Umfrage und OECD Income Distribution and Poverty Datenbank

Eine schrittweise Abschaffung der TBTF-Garantien verspricht daher, sowohl die Produktivität als auch die Gleichheit zu fördern. Eine Möglichkeit bestünde darin, die TBTF-Banken in kleine Einheiten aufzuspalten, die Insolvenz anmelden können, ohne systemische Risiken entstehen zu lassen. Alternative Ansätze wären beispielsweise an TBTF-Banken höhere Eigenkapitalforderungen zu stellen oder Gläubiger dazu zu zwingen, im Falle von Bankinsolvenzen häufiger Verluste zu übernehmen (Cournède et al, 2015). Auf kurze Sicht könnten solche Maßnahmen indessen die Wirtschaftstätigkeit bremsen.

In Österreich sollte diesbezüglich der Abschluss der geordneten Abwicklung insolventer Banken Priorität genießen, um die Finanzverbindungen zwischen Banken und dem öffentlichen Sektor zu verringern und das Vertrauen in die Wettbewerbsfähigkeit des Bankensektors zu stärken. Insbesondere wäre die angekündigte Beteiligung bevorzogter Gläubiger an den Rettungsaktionen ein wichtiger Schritt, um die Erwartungen im Hinblick auf implizite TBTF-Garantien einzudämmen.

5. Schlussbetrachtungen

In diesem Beitrag haben wir konjunktur- und finanzpolitische Maßnahmen und Strukturreformen erörtert, die auf kurze und lange Sicht die Produktivität erhöhen können. Dies ist umso wichtiger, als das Produktivitätswachstum in zahlreichen Ländern seit Mitte der 2000er Jahre enorm zurückgegangen ist. Die Entwicklung ist besonders dramatisch in Österreich, wo Arbeitskräfte heute durchschnittlich weniger produzieren als vor knapp einem Jahrzehnt. Stagnierende Produktivität und Produktion drosseln Fortschritte im Konsum privater und öffentlicher Güter und Dienstleistungen. Die Folge ist eine signifikante Eintrübung der Aussichten auf Verbesserungen des Wohlstands gegenwärtiger und zukünftiger Generationen.

Der Schwerpunkt unseres Beitrags galt der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Verteilungseffekte wurden bis auf wenige Ausnahmen außer Acht gelassen, auch wenn diese für den Wohlstand einer Volkswirtschaft von erheblicher Bedeutung sind. OECD (2016a, 2016e) gehen näher auf diesbezügliche Fragestellungen ein. Länderübergreifende Studien zu den Auswirkungen auf den Konsum einzelner Haushalte sind jedoch sehr selten, bedingt durch einen Mangel an geeigneten Mikrodaten über den Konsum von Haushalten. Fortschritte auf diesem Gebiet, beispielsweise durch europaweite Datenkooperationen, würden dazu beitragen, Zusammenhänge zwischen Konsum und Wohlstand empirisch noch fundierter erfassen zu können.

Literaturverzeichnis

Andrews, D./Criscuolo, C./Gal, P., Frontier Firms, Technology Diffusion and Public Policy: Micro Evidence from OECD Countries, OECD Productivity Working Papers, No. 2, Paris (2015)

Andrews, D./Crisciolo, C./Gal, P., The Global Productivity Slowdown, Technology Divergence and Public Policy: A Firm Level Perspective, Hutchins Center Working Papers, No. 24, Washington DC (2016)

Bergthaler, W./Kang, K./Liu, Y./Monaghan, D., Tackling Small and Medium-Sized Enterprise Problem Loans in Europe, IMF Staff Discussion Notes, No. 4 (2015)

Cette, G./Lopez, J./Mairesse, J., Market Regulations, Prices, and Productivity, American Economic Review 106 (2016) 104-108

Cournède, B./Denk, O., Finance and Economic Growth in OECD and G20 Countries, OECD Economics Department Working Papers, No. 1223, Paris (2015)

Cournède, B./Denk, O./Hoeller, P., Finance and Inclusive Growth, OECD Economic Policy Papers, No. 14, Paris (2015)

Denk, O./Cazenave-Lacroutz, A., Household Finance and Income Inequality in the Euro Area, OECD Economics Department Working Papers, No. 1226, Paris (2015)

Denk, O./Schich, S./Cournède, B., Why Implicit Bank Debt Guarantees Matter: Some Empirical Evidence, OECD Journal: Financial Market Trends 107, Paris (2015) 63-88

Égert, B., Regulation, Institutions, and Productivity: New Macroeconomic Evidence from OECD Countries, American Economic Review 106 (2016) 109-113

Koske, I./Wanner, I./Bitetti, R./Barbiero, O., The 2013 Update of the OECD's Database on Product Market Regulation - Policy Insights for OECD and Non-OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers, No. 1200, Paris (2015)

OECD, OECD Economic Surveys: Austria 2015, Paris (2015a)

OECD, The Future of Productivity, Paris (2015b)

OECD, Ankurbelung der Investitionstätigkeit für ein Höheres Nachhaltiges Wachstum, in OECD-Wirtschaftsausblick, Ausgabe 2015/1, Paris (2015c)

OECD, Förderung von Produktivität und Gleichheit - eine Doppelte Herausforderung, in OECD-Wirtschaftsausblick, Ausgabe 2016/1, Paris (2016a)

OECD, Economic Policy Reforms 2016: Going for Growth Interim Report, Paris (2016b)

OECD, Gesamtbeurteilung der Wirtschaftslage, in OECD-Wirtschaftsausblick, Ausgabe 2016/2, Paris (2016c)

OECD, Österreich, in OECD-Wirtschaftsausblick, Ausgabe 2016/1, Paris (2016d)

OECD, The Productivity-Inclusiveness Nexus, Paris (2016e)

Ollivaud, P./Guillemette, Y./Turner, D., Links Between Weak Investment and the Slowdown in Productivity and Potential Output Growth Across the OECD, OECD Economics Department Working Papers, No. 1304, Paris (2016)

Abstract

JEL-No: D60, E24, L51, P52

Productivity and Prosperity: An International Perspective

Consumption is an important determinant of prosperity. Households can consume more, when the production in the economy increases. Raising the productivity of workers, companies and the public sector is therefore the foundation for higher consumption and prosperity. However, productivity growth has declined substantially since the beginning of the global financial crisis in nearly all advanced economies, including Austria. In this paper, we outline measures how to revert this unsettling trend. We put a particular focus on aggregate demand policies as well as product and financial market reforms.

